



19. Newsletter 01/2024

Liebe LABEWO Vereinsmitglieder,

wir wünschen Ihnen allen ein gutes und hoffentlich friedvolles Neues Jahr 2024. Wir starten mit den Ergebnissen der Mitgliederversammlung (11/2023) und informieren Sie über die Gespräche zum Thema „Benachteiligung der WGs“ mit sozialpolitischen Vertretern. Mit großer Freude berichten wir über das "Weihnachtskonzert mit dem Bundespräsidenten" in Oberried, bei dem sich zwei unserer Vorstandsmitglieder für die WG-Rettung eingesetzt haben. Mit einigen Veranstaltungshinweisen enden wir unseren ersten Newsletter 2024.

Zusammensetzung des geschäftsführenden Vorstands

Für den geschäftsführenden Vorstand haben sich Ina Friedmann und Christina Kuhn nicht mehr zur Wahl gestellt. Mit 17 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen haben die anwesenden und digital zugeschalteten Mitglieder den neuen geschäftsführenden Vorstand gewählt:



Reihe hinten von links nach rechts: Marco Kuhn-Schönbeck (Geschäftsführer St. Raphael), Clemens Wochner-Luikh (ehem. Bereichsleiter Wohnen und Pflege im Alter in der Stiftung Haus Lindenhof, Vorsitzender), Franz-Josef Winterhalter (Vorstand Bürgergemeinschaft Oberried)
Reihe vorne von links nach rechts: Gabriele Beck (ehem. Altenhilfeplanerin, stellvertretende Vorsitzende), Lucia Eitenbichler (Leitung Bürgergemeinschaft Oberried), Tania Bayer (Lindenhof e.V.)

Zusammensetzung des erweiterten Vorstands

Für den erweiterten Vorstand haben sich folgende Mitglieder nicht mehr zur Wahl gestellt:

- Dr. Joachim Drumm (Diözese Rottenburg)
- Alexandra Rausch (Pflegedienstleitung)
- Franz-Josef Winterhalter (Bürgergemeinschaft Oberried wechselt in den geschäftsführenden Vorstand)

So setzt sich der erweiterte Vorstand 2024 zusammen:

- Jörg Allgayer (Geschäftsführer Vinzenz von Paul gGmbH)
- Werner Binder (Bürgermeister Uttenweiler)
- Ina Friedmann (Landeshauptstadt Stuttgart - Sozialamt)
- Ute Hahn (Ortsvorsteherin Seebronn)
- Anne Helmer (Vorstand WOG e.V.)
- Christina Kuhn (Geschäftsführerin Demenz Support Stuttgart gGmbH)
- Wolfgang Maier (Jurist und Dipl.-Verwaltungswirt, Ministerialrat a.D.)
- Bernhard Moser (ehem. Schulleiter)
- Dr. Beate Radzey (Vinzenz von Paul gGmbH, LANDaufwärts)
- Prof. Dr. Barbara Steiner (Duale Hochschule Baden-Württemberg)
- Markus Traub (Diplomsozialpädagoge und systemischer Coach)
- Linda Westwood (Fachstelle Wohnformen im Alter Stadt Stuttgart)

Die **Redaktionsgruppe Newsletter** setzt sich ab 2024 wie folgt zusammen:

- Anne Helmer, Christina Kuhn und Linda Westwood

„Wir müssen reden“ – Kontakte des LABEWO-Vorstandes mit sozialpolitischen Fachpolitikern der SPD und FDP im Landtag Baden-Württemberg

Die Situation ambulant betreuter Wohngemeinschaften droht zu kippen. Mit Inkrafttreten des PUEG wird sich dies noch weiter verschärfen (siehe Positionspapier „Ambulant betreute Wohngemeinschaften retten!“) Während Bewohner:innen von Pflegeheimen seit 2022 eine Entlastung bei ihren Eigenanteilen erhalten, gibt es eine solche für Bewohner:innen von Wohngemeinschaften nicht, obwohl ihre Kosten vergleichbar hoch sind. Langfristig – so unsere Einschätzung – ist die Existenz vieler Wohngemeinschaften dadurch bedroht. Diese Ungerechtigkeit ist nun bei den Wohngemeinschaften angekommen: Angehörige fragen nach, warum nicht auch Wohngemeinschaften von dieser finanziell entlastenden Regelung profitieren. Im Vergleich zu Pflegeheimen entstehen im Laufe der Zeit immens hohe Kostennachteile für die Bewohner:innen von WGs, die durch nichts zu rechtfertigen sind. Mehr und mehr Sozialhilfeträger zögern nun mit der Bewilligung von Leistungen in WGs, erste lehnen schon ab. Musterverfahren sind anhängig.

Was macht die Politik, um dagegen zu steuern?

Unsere bisherigen Versuche auf diesen Missstand aufmerksam zu machen, fanden bundesweit zwar eine große Aufmerksamkeit und breite Unterstützung, allein die politisch Verantwortlichen blieben wortkarg. Nun plant die Bundesregierung für 2024 erneut eine Reform der Pflegeversicherung, die diese langfristig finanziell absichern soll. Da die Weichen jetzt gestellt werden, haben wir die Chance genutzt, mit unseren Ansprechpartnern im Landtag wieder einmal ins Gespräch zu gehen.

Über den Jahreswechsel konnten wir mit Jochen Haußmann, stv. Fraktionsvorsitzender der FDP und sozialpolitischer Sprecher und Florian Wahl, sozialpolitischer Sprecher der SPD und Vorsitzender des Sozialausschusses des Landtags Baden-Württemberg sprechen. Von unserer Seite waren Gabriele Beck, Dr. Beate Radzey und Clemens Wochner-Luikh mit dabei.

Das Gute vorneweg: Wir waren erstaunt über die Offenheit und das große Interesse an unseren Anliegen. Den beiden Politikern haben wir vorab unser Papier „Ambulant betreute Wohngemeinschaften retten!“ (Stand Januar 2024) geschickt.

Allen Gesprächspartnern war es wichtig, uns in unseren Anliegen zu unterstützen, die schreiende Ungerechtigkeit in der Finanzierung der Pflegeheime zu Lasten der Wohngemeinschaften zu beseitigen. Dass Politik verantwortlich ist, innovative Wohnformen zu unterstützen, darin bestand bei beiden Politikern keinerlei Zweifel.

Insbesondere, dass erste Sozialhilfeträger die Kostenübernahme in Wohngemeinschaften ablehnen, stieß bei Jochen Haußmann und Florian Wahl auf große Bestürzung. Beide sicherten zu, entsprechende Anfragen an die Landesregierung zu richten, diese mit uns abzustimmen und sich so für unser Anliegen einzusetzen. Sie sehen hier das Sozialministerium in der Pflicht, sich für ein positives und einheitliches Vorgehen der Sozialhilfe stark zu machen. Sie machten deutlich, dass sie hinter den Forderungen der LABEWO „Ambulant betreute Wohngemeinschaften retten!“ stünden und sie bei ihren Parteikolleg:innen auf der Bundesebene aktiv vertreten würden.

Doch auch das Land ist gefragt. Auch dies gaben wir den beiden Politikern mit:

- Die für die Wohngemeinschaften weggefallenen Investitionsmittel setzen neue WG-Projekte einem ungeregelten und prekären Wohnungsbaumarkt aus. Initiativen geben auf und neue Projekte werden erst gar nicht mehr auf den Weg gebracht. Inzwischen – so die Zahlen in Baden-Württemberg – ist der Aufbau weiterer Wohngemeinschaften stark ausgebremst worden. Florian Wahl gab uns die Zusage, dass sich die SPD dafür mit ganzer Kraft einsetzen will und dabei auch Minister Manne Lucha in die Pflicht zu nehmen, der zugesagt hat, sich dafür zu verwenden.

- Das WTPG muss von unnötigen und kostenintensiven Regelungen, vor allem im Bereich der Vorschriften für Bäder, befreit werden. Hier entstehen unnötige und teure Flächen, die auch fachlich hinterfragt werden müssen. Die FDP will sich hier stark machen.
- Für anbietergestützte Wohngemeinschaften gelten strengere bauliche Vorgaben als für selbstverantwortete. Wenn eine selbstverantwortete WG eine anbietergestützte werden soll, ändern sich damit auch die Vorschriften des WTPG. Das ist eine unhaltbare Situation und es muss aus unserer Sicht eine Anpassungsregelung im Gesetz geben. Auch darin sagten die beiden Politiker ihre Unterstützung zu.

Wir sind gespannt, wie sich die Zusagen der beiden Parteien in der Praxis erweisen werden. In jedem Fall werden wir dran bleiben in Gesprächen mit den Fraktionen in Bund und Land. Gerne halten wir Sie auf dem Laufenden. Sprechen Sie uns bitte an, wenn Sie uns in unserer Arbeit darin etwas mitgeben möchten.

Die Bürgergemeinschaft Oberried war mit dabei beim Weihnachtskonzert des Bundespräsidenten in Sankt Peter

Das Bundespräsidialamt lud die Bürgergemeinschaft Oberried zum "Weihnachtskonzert mit dem Bundespräsidenten" ein, das in diesem Jahr in St. Peter im Schwarzwald vom ZDF aufgezeichnet wurde. Im Rahmen des Konzertes wurde ein kurzer Einspieler über die Arbeit im Ursulinenhof in Oberried mit häuslicher Alltagsbegleitung, Tagespflege und selbstverantworteter Wohngemeinschaft gezeigt.

Lucia Eitenbichler, die Leiterin des Ursulinenhofs, wurde im Verlauf des Konzerts vom Moderator Johannes B. Kerner zur Idee der „Sorgenden Gemeinschaft“ interviewt. Im Interview brachte sie auch den Wunsch an Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zum Ausdruck, sich in Berlin für die Zukunftssicherung der Pflege-WGs einzusetzen.

Beim anschließenden Empfang überreichten Franz-Josef Winterhalter vom Vorstand der Bürgergemeinschaft und Lucia Eitenbichler dem Bundespräsidenten einen Brief, in dem sie ihre Sorge um die Zukunft der Pflege-WGs wie folgt zum Ausdruck brachten:

"In Zeiten des gesellschaftlichen und demografischen Wandels sind Pflege-WGs so notwendig wie nie. Sind sie doch Orte, an denen Menschen füreinander eintreten, Verantwortung teilen, ein gutes Miteinander auf Augenhöhe praktizieren und Kommunen und Zivilgesellschaft Hand in Hand zusammenarbeiten. Hier wird Solidarität im besten Sinne des Wortes praktiziert. Das spüren und erleben wir jeden Tag aufs Neue bei uns in Oberried.

Gleichzeitig sind wir in großer Sorge um die Zukunft unserer Pflegewohngemeinschaft, weil durch

die Gesetzgebung des GVWG (2021) und PUEG (2023) eine existenzgefährdende Situation für Pflegewohngemeinschaften entstanden ist. Denn Bewohner:innen in Pflege-WGs werden im Vergleich zu denen in stationären Einrichtungen finanziell massiv benachteiligt.

Leider werden unsere Argumente bislang in der Bundespolitik nicht gehört. In den Wohngemeinschaften breitet sich Frust, Ernüchterung und Enttäuschung aus und engagierte Akteure ziehen sich zurück. Bestehenden Wohngemeinschaften droht das Aus. Die so dringend notwendigen Neugründungen kommen ins Stocken. Damit schwindet die Chance, mit neuen Strukturen der Sorge und Pflege dem Pflegenotstand wirksam entgegenzutreten.

Pflege ist eines der großen gesellschaftlichen Themen, bei dem auch das Vertrauen in die Demokratie und der gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Spiel steht.

Wir möchten Sie bitten, Ihren Einfluss geltend zu machen, insbesondere in Ihrer Funktion als Schirmherr des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, das unsere Position teilt. Bitte helfen Sie, dieses Zukunftsmodell zu sichern."



Foto: Johannes Kerner im Gespräch mit Lucia Eitenbichler

Der Clip mit dem Interview von Johannes B. Kerner mit Lucia Eitenbichler kann hier angeschaut werden: <https://www.youtube.com/watch?v=7yI1JGFfk4k>

Wir hoffen, dass unser Brief politische Wirkung zeigt. Eine Reaktion ist bereits erfolgt. MdB Rita Schwarzelühr-Sutter, Bundestagsabgeordnete der SPD-Fraktion aus dem Wahlkreis Breisgau-Hochschwarzwald, die auch beim Weihnachtskonzert mit dabei war, hat dafür ge-

sorgt, dass Anfang Februar 2024 Heike Baehrens, Pflegebeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, die Bürgergemeinschaft Oberried besuchen wird, um sich über die Auswirkungen der Pflegereformen auf die Pflege-WGs zu erkundigen.

Veranstaltungen und Seminare

Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg: DemenzDialog für ambulant betreute Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz – 06. März 2024.

Wir freuen uns, Sie dank der Kooperation mit der Wohngemeinschaft der Hausgemeinschaft Spitalgarten in Köngen begrüßen zu dürfen.

Bitte merken Sie sich den Termin vor oder melden Sie sich gleich an unter: www.alzheimer-bw.de/projekte-angebote/demenzdialoge/anmeldung-demenzdialog/

Schwerpunktmäßig wollen wir den derzeitigen Herausforderungen für Wohngemeinschaften (u.a. durch das PUEG) einen besonderen Austausch- und Diskussionsraum geben. Wir freuen uns, dass Vertreter:innen aus dem Sozialministerium, der Fachstelle für ambulant unterstützte Wohnformen (FaWo) sowie der LABEWO bereits zugesagt haben und mit aktuellen Informationen vertreten sein werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Räumlichkeiten der Wohngemeinschaft zu besichtigen. Nutzen Sie gerne bei der Anmeldung die Möglichkeit, Ihre Themenwünsche für den Austausch oder eigene Beiträge mit anzugeben. Die Details zum Ablauf erhalten Sie dann wie immer wenige Wochen vor der Veranstaltung.

Online-Seminarreihe: „Das Ende des Lebens gut begleiten - palliative Unterstützung in Pflege-WGs“ startet im Februar 2024

Die Situation von schwerstkranken und sterbenden Menschen in Pflege-WGs bedarf der besonderen Betrachtung, denn für alle Beteiligten ist ein würdevoller Umgang mit der Situation wichtig. Eine Online-Befragung der FaWo zur Handhabung der palliativen Begleitung in Pflege-Wohngemeinschaften in Baden-Württemberg ist abgeschlossen. Die Erkenntnisse fließen in die kostenfreie Seminarreihe ein, die von der FaWo und Demenz Support Stuttgart gGmbH gestaltet werden. Bitte merken Sie sich folgende Termine vor:

- 22. Februar 2024 von 17:30 bis 19:30 Uhr
- 21. März 2024 von 17:30 bis 19:30 Uhr
- 25. April 2024 von 17:30 bis 19:30 Uhr

Weitere Informationen und die Anmeldung finden Sie auf der Homepage der FaWo [Online-Seminarreihe: Das Ende des Lebens gut begleiten - palliative Unterstützung in Pflege-WGs](#)

Herzenswunsch 2024: Eine Aktion der Demenz Support Stuttgart gGmbH für Bewohner:innen von ambulant betreuten Wohngemeinschaften

Die Aktion „Herzenswunsch“ gibt älteren Menschen erneut die Gelegenheit, ihre tiefsten Wünsche in die Realität umzusetzen.

In diesem Jahr richtet sich „Herzenswunsch“ speziell an Bewohner:innen von ambulant betreuten Pflege-Wohngemeinschaften sowie Gäste einer Tagespflege.

Die Teilnehmenden dürfen in kurzen Videobotschaften von maximal einer Minute Länge ihren größten Wunsch beschreiben. Diese Videos können mit Unterstützung von Angehörigen, Pflegenden oder anderen Personen aus dem vertrauten Umfeld erstellt werden. Die Einsendungen sollen bis zum **31. März 2024** an die Demenz Support Stuttgart erfolgen.

Eine unabhängige Jury wird aus allen Einsendungen drei Gewinner ernennen. Die ausgewählten Videobotschaften werden in einem Film zusammengefasst und auf dem [YouTube-Kanal KuKuK-TV](#) präsentiert.

Alle Informationen zur Aktion und zu den Teilnahmebedingungen sind auf der [Homepage der Demenz Support](#) zu finden.

Bleiben Sie zuversichtlich – Ihre LABEWO e.V. setzt sich für WGs ein!